

# Abgeordnetenhaus **BERLIN**

Der Vorsitzende  
des Petitionsausschusses

Abgeordnetenhaus von Berlin - 10111 Berlin-Mitte

Herrn  
Ismail Rustem  
Wichmannstr. 9  
10787 Berlin

Geschäftszeichen	Bearbeiter(in)	Zimmer	Telefon (030) 2325-	Telefax (030) 2325-	Datum
9824/15	Frau Riedel-Berghold	A 002	1477	1478	14.09.2006 / SI

Betreff: Ihre Eingabe vom 05.09.2006  
wegen: Unterstützung bei sozialen Anliegen

Sehr geehrter Herr Rustem,

Ihre Zuschrift ist beim Abgeordnetenhaus von Berlin eingegangen. Sie wird bei dem für die Behandlung von Eingaben eingesetzten Petitionsausschuss unter dem oben angegebenen Geschäftszeichen geführt. Bitte geben Sie das Geschäftszeichen bei allen Rückfragen in dieser Angelegenheit an.

Ich bitte um Verständnis, dass die Bearbeitung Ihrer Eingabe wegen der erforderlichen Ermittlungen einige Zeit in Anspruch nehmen kann. Der Eingang nachgereicher Schreiben wird aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung nicht gesondert bestätigt.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

  
Stange

Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin-Mitte  
(ehemaliger Preußischer Landtag)

Interne Telefonnummer: (9) 9407-

U-Bahnhof Potsdamer Platz Kochstraße	S-Bahnhof Anhalter Bahnhof Potsdamer Platz	Bus 129,142,248 341,348
--	--	-------------------------------

Internet: <http://www.parlament-berlin.de>  
E-Mail: [petmail@parlament-berlin.de](mailto:petmail@parlament-berlin.de)  
(E-Mail nicht für Dokumente mit elektronischer Signatur)

Ismail Rustem  
Wichmannstr. 9  
10787 Berlin

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:  
Abgeordnetenhaus von Berlin  
Niederkirchner Straße 5  
10111 Berlin  
Zim: A 002, Fr. Riedel-Berghold

-Nur per Fax: ( 030 ) 23 25 14 78-

**Geschäftszeichen: 9824/15**

Berlin, 01.02.2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

Am 09.09.2006 hatte ich an das deutsche Parlament mein Buch-dokument (**An die Institutionen die es angeht, und für die Moral keine leere Phrase ist !! Die Proklamation der menschenverachtenden Beamten und Justizwillkür in der jüngsten Geschichte der BRD !! Der Fall des Rustem Ismail, der dadurch defakto zum Tode verurteilt wurde !!**) geschickt.

Ich bitte Sie folgende Unterlagen in das Buch-dokument Hinzuzufügen.

1. In die **Anlage 66-a, 66-b, 66-c** hinzuzufügen.
  - a) Meine Briefe am **13.07.2005** an meinen früheren Rechtsanwalt Herr Lillga.
  - b) Am **15.07.2002** hatte ich an den Staatsanwalt einen Brief geschrieben, weil er mich auf den Straßen betteln gelassen hatte.
  - c) Meine Briefe am **15.04.2003** an die Ausländerbehörde, weil mich auf den Straßen zum Sklaven gemacht und ich hatte sie um Hilfe gebeten.
2. Am **16.01.2007** hatte ich beim Sozialgericht eine Klage eingereicht.
3. Mein Widerspruch auf meinen Renteantrag, weil ich Schwerbehindert bin.
4. Letzter Attest am **01.02.2007**, vom meinem Psychiater.

Mit freunlichen Grüßen

Ismail Rustem



Ismail Rustem  
Wichmannstr. 9  
10787 Berlin

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:

Abgeordnetenhaus von Berlin  
Niederkirchner Straße 5  
10111 Berlin  
Zim: A 002, Fr. Riedel-Berghold

-Nur per Fax: ( 030 ) 23 25 14 78-

**Geschäftszeichen: 9824/15**

Berlin, 21.02.2007


Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei zu diesem Schreiben erhalten Sie die Kopie meines Widerspruch an die Ausländerbehörde vom 12.02.2007 sowie die Antwort der Ausländerbehörde vom 13.12.2007.

Ich bitte Sie folgende Unterlagen in das Buch-dokument Hinzuzufügen.

1. In die **Anlage 26 - a, 26 - b** hinzuzufügen.
  - a) Am 30.01.2004 hatte ich beim Verwaltungsgericht eine Klage eingereicht.
  - b) Schreiben von RA Lilga an die -VG 32 A 77.04- vom 31.03.2004
2. Mein Widerspruch an die Ausländerbehörde vom 12.02.2007.
3. Die Antwort der Ausländerbehörde vom 13.12.2007.

Mit freundlichen Grüßen



Ismail Rustem

# Abgeordnetenhaus **BERLIN**

Der Vorsitzende  
des Petitionsausschusses

Abgeordnetenhaus von Berlin - 10111 Berlin-Mitte

Herrn  
Rustem Ismail  
Wichmannstr. 9  
10787 Berlin

Geschäftszeichen	Bearbeiter(in)	Zimmer	Telefon (030) 2325-	Telefax (030) 2325-	Datum
9824/15	Frau Riedel-Berghold	A 002	1477	1478	23.02.2007 / Kü

Betreff: Ihre Eingabe vom 05.09.2006  
wegen: 1. Unterstützung bei sozialen Anliegen  
2. Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis

Sehr geehrter Herr Ismail,

zu Ihrer Eingabe sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen. Ich bitte Sie deshalb, sich noch einige Zeit zu gedulden. Sie erhalten unaufgefordert weiteren Bescheid.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag



Kürwitz

Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin-Mitte  
(ehemaliger Preußischer Landtag)

Interne Telefonnummer: (0) 9407

U-Bahnhof	S-Bahnhof	Bus
Potsdamer Platz	Anhalter Bahnhof	129,142,248
Kochstraße	Potsdamer Platz	341,348

Internet: <http://www.parlament-berlin.de>  
E-Mail: [petmail@parlament-berlin.de](mailto:petmail@parlament-berlin.de)  
(E-Mail nicht für Dokumente mit elektronischer Signatur)

Ismail Rustem  
Wichmannstr. 9  
10787 Berlin

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:

Abgeordnetenhaus von Berlin  
Niederkirchner Straße 5  
10111 Berlin  
Zim: A 002, Fr. Riedel-Berghold

-Nur per Fax: ( 030 ) 23 25 14 78-

**Geschäftszeichen: 9824/15**

Berlin, 27.02.2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei zu diesem Schreiben erhalten Sie weitere Dokumente und Atteste, die meine Erwerbsunfähigkeit und den Grad der Behinderung belegen, welche mir durch unmenschliche Behandlungen durch deutsche Behörden und Institutionen im Laufe der Jahre immer wieder zugefügt wurden, bzw. nicht gelindert werden konnten, da mir medizinische Behandlungen systematisch über Jahre vorenthalten wurden !!!!

In den Anlagen finden Sie insbesondere auch Atteste vom 02.05.2006 von unparteiischen Stellen wie dem „Medizinischen Dienst“ des Arbeitsamtes. Jenes Attest zugrundelegend hat mir das Jobcenters Mitte Erwerbs- – und Arbeitsunfähigkeit beschieden und mich aufgefordert die Erwerbsunfähigkeitsrente zu beantragen. Auch dieses Schreiben vom 23.10.2006 des Jobcenters finden Sie in den Anlagen.

Die LVA hat meinen Rentenanspruch abgelehnt !! Mein Widerspruch vom 27.12.2006 zum Ablehnungsbescheid der LVA ist anbei.

Mit freundlichen Grüßen



Ismail Rustem

Ismail Rustem  
Wichmannstr. 9  
10787 Berlin

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:

Abgeordnetenhaus von Berlin

Niederkirchner Straße 5

10111 Berlin

Zim: A 002, Fr. Riedel-Berghold

-Nur per Fax: ( 030 ) 23 25 14 78-

**Geschäftszeichen: 9824/15**

Berlin, 20.04.2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei zu diesem Schreiben erhalten Sie die Kopie meines Klage an die Bundesverwaltungsgericht vom 15.04.2007 sowie mein Schreiben vom 27.02.2007, die Fax: Kopie eingegangen vom 28.02.2007 15:52 Uhr an das Abgeordnetenhaus von Berlin.

Mit freundlichen Grüßen



Ismail Rustem

# Abgeordnetenhaus **BERLIN**

Der Vorsitzende  
des Petitionsausschusses

Abgeordnetenhaus von Berlin - 10111 Berlin-Mitte

Herrn  
Rustem Ismail  
Wichmannstr. 9  
10787 Berlin

Geschäftszeichen	Bearbeiter(in)	Zimmer	Telefon (030) 2325-	Telefax (030) 2325-	Datum
9824/15	Frau Riedel-Berghold	A 002	1477	1478	20.04.2007 / Kü

Betreff: Ihre Eingabe vom 05.09.2006  
wegen: 1. Unterstützung bei sozialen Anliegen  
2. Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis  
3. Rentengewährung

Sehr geehrter Herr Ismail,

zu Ihrer Eingabe sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen. Ich bitte Sie deshalb, sich noch einige Zeit zu gedulden. Sie erhalten unaufgefordert weiteren Bescheid.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag



Kürwitz

Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin-Mitte  
(ehemaliger Preußischer Landtag)

Interne Telefonnummer: (9) 9407-

U-Bahnhof	S-Bahnhof	Bus
Potsdamer Platz	Anhalter Bahnhof	129,142,248
Kochstraße	Potsdamer Platz	341,348

Internet: <http://www.parlament-berlin.de>  
E-Mail: [petmail@parlament-berlin.de](mailto:petmail@parlament-berlin.de)  
(E-Mail nicht für Dokumente mit elektronischer Signatur)

Ismail Rustem  
Wichmannstr. 9  
10787 Berlin

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:

Abgeordnetenhaus von Berlin

Niederkirchner Straße 5

10111 Berlin

Zim: A 002, Fr. Riedel-Berghold

-Nur per Fax: ( 030 ) 23 25 14 78-

**Geschäftszeichen: 9824/15**

Berlin, 03.04.2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei zu diesem Schreiben erhalten Sie die Kopie meines Widerspruchs ( Hungerstreik ) an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vom 30.04.2007.

Mit freundlichen Grüßen

Ismail Rustem

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Ismail Rustem', written in a cursive style. The signature is positioned to the right of the printed name 'Ismail Rustem'.

# Abgeordnetenhaus BERLIN

Der Vorsitzende  
des Petitionsausschusses

Abgeordnetenhaus von Berlin - 10111 Berlin-Mitte

Herrn  
Rustem Ismail  
Wichmannstr. 9  
10787 Berlin

Geschäftszeichen	Bearbeiter(in)	Zimmer	Telefon (030) 2325-	Telefax (030) 2325-	Datum
9824/15		A 002	1477	1478	24.05.2007 / Kü

Sehr geehrter Herr Ismail,

die Mitglieder des Petitionsausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin haben Ihre Eingabe beraten und Ihre umfangreichen Unterlagen zur Kenntnis genommen.

Zu Ihren verschiedenen Anliegen haben wir unter anderem beim Bezirksamt Neukölln, bei der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg sowie bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport ermittelt. Im Ergebnis können wir Ihnen Folgendes mitteilen:

Wie uns vom Bezirksamt Neukölln berichtet worden ist, bezogen Sie vom 1. Januar 2005 bis 31. Oktober 2005 vom JobCenter Neukölln Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch – Zweites Buch – (SGB II). Seit 1. November 2005 erhalten Sie Leistungen vom JobCenter Mitte. Ihr Lebensunterhalt war somit durchgehend gesichert.

Zu Ihrer Bitte um Gewährung einmaliger Beihilfen, unter anderem für einen Fernseher und einen Garderobenschrank, hat das Bezirksamt Neukölln uns den in dieser Angelegenheit ergangenen Beschluss des Sozialgerichts Berlin vom 8. Juni 2006 zur Kenntnis gegeben. Die Ihnen nach diesem Beschluss zustehenden Beihilfen wurden Ihnen gewährt. Auf der Grundlage des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Berlin vom 23. Oktober 2006 ist Ihnen am 7. November 2006 ein Bescheid bezüglich des beantragten Kühlschranks übermittelt worden. Da wir keinen Anlass zu Beanstandungen sehen, haben wir keine Möglichkeit, Ihnen zur Gewährung weiterer Beihilfen zu verhelfen, zumal nach dem seit 1. Januar 2005 geltenden SGB II auch alle einmaligen Bedarfe durch die gewährten Regelleistungen abgegolten sind.

Hinsichtlich Ihrer Rentenangelegenheit hat uns die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg berichtet, dass Kontoführer Ihres Rentenkontos die Deutsche Rentenversicherung Bund ist. Wir haben daher Ihre diesbezügliche Beschwerde am 3. April 2007 an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages übersandt und bitten Sie, insoweit weitere Nachricht von dort abzuwarten.

Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin-Mitte  
(ehemaliger Preußischer Landtag)

Interne Telefonnummer: (9) 9407-

U-Bahnhof	S-Bahnhof	Bus
Potsdamer Platz	Anhalter Bahnhof	129,142,248
Kochstraße	Potsdamer Platz	341,348

Internet: <http://www.parlament-berlin.de>  
E-Mail: [petmail@parlament-berlin.de](mailto:petmail@parlament-berlin.de)  
(E-Mail nicht für Dokumente mit elektronischer Signatur)

Zu den ausländerrechtlichen Fragen Ihrer Eingabe haben wir eine Stellungnahme der Senatsverwaltung für Inneres und Sport erhalten. Danach sind Sie derzeit ausländerrechtlich nicht beschwert. Sie sind im Besitz eines Reiseausweises für Ausländer und im Besitz einer bis zum 27. März 2009 befristeten Aufenthaltserlaubnis.

Zwar sind gegenwärtig noch zwei Widerspruchsverfahren offen, die Senatsverwaltung für Inneres und Sport sieht aber keine Veranlassung, in das Entscheidungsverfahren bei der Ausländerbehörde einzugreifen. Dem schließen wir uns an.

Zu Ihren Vorwürfen gegen Bedienstete des Polizeipräsidenten in Berlin können wir Ihnen lediglich mitteilen, dass es uns nicht möglich ist, Vorfälle aus den Jahren 1998 bzw. 1999 aufzuklären.

Wir bedauern, Ihnen nach alledem mitteilen zu müssen, dass wir nichts weiter zu Ihren Gunsten veranlassen können. Die Bearbeitung Ihrer Eingabe haben wir mit diesem Schreiben abgeschlossen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Gregor Hoffmann  
(Stellv. Vorsitzender)

Rüstem Ismail  
Wichmannstr. 9  
10787 Berlin

Rüstem Ismail, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:

Abgeordnetenhaus von Berlin

Niederkirchner Straße 5

10111 Berlin

Zim: A 002, Fr. Riedel-Berghold

-Nur per Fax: ( 030 ) 23 25 14 78-

**Geschäftszeichen: 9824/15**

Berlin, 15.06.2007

## **Widerspruch**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit widerspreche ich Ihrem Schreiben vom 24.05.2007.

### **Gründe:**

- 1) Um meine Ansprüche durchsetzen zu können, ist es erforderlich, dass unabhängige Psychologen, Ärzte und Juristen sich die Angelegenheit anschauen. Aber werde trotzdem nicht wahrgenommen.
- 2) Das Bezirksamt Neukölln hat sich verteidigt, indem es sich auf § 7 SGB II beruft und mich am 01. Januar 2005 an das JobCenter Neukölln verwiesen hat. Da ich jedoch eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund von § 25 Abs. 5 AuslG habe, musste ich nach AsylbLG beim Sozialamt bleiben. Wie konnte das Bezirksamt Neukölln unter Rechtsbruch dieses Ihnen sagen?

Am 22 Februar 2005 hat das Verwaltungsgericht bzgl. der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts das Verfahren angenommen und falsch geurteilt. Haben Sie dieses nicht bemerkt?

Dasselbe falsche Urteil haben auch die nachfolgenden Gerichte mit den jeweiligen Aktenzeichen gefällt:

VG 32 A 77.07; VG 32 A 761.04; VG 8 A 168.05; OVG 6 S 37.05; S 47 SO 630/ 05; S 47 SO 630/ 05 ER 06

Bei dem Rechtsstreit vor dem Sozialgericht Berlin vom 23 Oktober 2006 hatte ich obsiegt.

Gemäß Urteil des Sozialgerichts Berlin hat das Bezirksamt Neukölln wider mir noch dem Gericht gegenüber einen Bescheid erteilt.

Es fanden insgesamt 6 Verfahren statt; das Sozialamt Neukölln hat immer noch keinen Bescheid erteilt. Das Sozialamt ist seiner Pflicht nicht nachgekommen.

Aufgrund dieser Rechtsverletzung durch das Bezirksamt Neukölln läuft das Verfahren noch immer unter den folgenden Aktenzeichen:

S 2 AY 11/ 07 und S 49 SO 3809/ 05

#### Ich möchte Antworten auf einige meiner Fragen:

Ich habe vom Bezirksamt Neukölln am 08.07.2004 zum ersten Mal eine Erstaussstattung für meine erste Wohnung beantragt. Das Bezirksamt wollte am 19.07.2004 von mir einen konkreten Antrag, was ich benötigte. Am 05.08.2004 reichte ich diesen Antrag ein.

Vom Bezirksamt Neukölln kam zweimal der Prüfdienst. Diese haben zwei unterschiedliche und falsche Bescheide erstellt. Dieses wurde durch meinen Rechtsanwalt vor Gericht bewiesen.

Wer steckt hinter diesen Mordplänen? Mein Antrag vom 05.08.2004 wurde durch das Bezirksamt Neukölln seit drei Jahren nicht beschieden.

Welche Möbel werden mir bei der Erstaussattung gegeben? Muß ich meine Möbel vom Sperrmüll holen?

Wie viel hat mir das Bezirksamt Neukölln bisher gegeben und wie viel wird es mir noch geben?

Wieso wurde mein Antrag von 2004 nicht beschieden? In fünf gerichtlichen Verfahren wurde darüber nicht beschieden, es laufen noch zwei Verfahren unter dem Aktenzeichen S 2 AY 11/ 07 und S 49 SO 3809/ 05.

Das Bezirksamt ist für meine psychischen Krankheiten von 2004 bis 2006 verantwortlich. Ich wurde zweimal stationär behandelt und wurde dabei mit AIDS infiziert. Wer und wie will man sich rechtfertigen?

Wenn Recht und Gesetz nicht gegenüber den Ärzten, Beamten und Gerichten gelten, für wen gelten die Gesetze dann?

Wenn der Staat davon nichts weiß, aber im Nachhinein alles erfährt, wieso werden die Beamte und Gerichte nicht zur Rechenschaft gezogen? Damit man gegenüber anderen Menschen sich gesetzeswidrig verhalten kann?

- 3) Ihre Aussage, wonach ich derzeit ausländerrechtlich nicht beschwert sei, ist falsch.

#### **Grund:**

- a) Da ich einen Aufenthaltstitel nach **§ 25 Abs. 5** habe, habe ich viele Einschränkungen. Ich bin chronisch krank, sowohl psychisch als auch physisch weil ich AIDS habe. Bei den Anforderungen von Therapien muß ich immer wieder mit Engpässen rechnen. Beispielsweise ist vom 23.01.2007 meine Immunität wegen AIDS auf 240 gesunken. Unter normalen Umständen müsste ich unter 300 sofort

Medikamente erhalten und mit einer Therapie beginnen. Da dieses jedoch aufgrund meines Aufenthaltsstatus verboten ist, können mir Ärzte keine Medikamente verschreiben und auch keine Therapie verordnen.

Am 12.01.2005 Frau Ziporius vom bSd GmbH, wollte mich bei meinem psychisch krankheit Unterstützen, aber aus Gesetzlichergründen war es verboten.

- b) Da mein Aufenthaltstitel nach **§ 25 Abs. 5** geregelt ist, wurde ich nach AsylbLG ab dem 01.02.2007 vom JobCenter abgemeldet. Meine bisher gezahlte Rente wurde aufgehoben. Obwohl ich in Mitte wohne, befindet sich mein Sozialamt in Reinickendorf. Diese wollen mich zum Suizid verleiten. Ich werde durch dieses Sozialamt massiv unter Druck gesetzt. Dieses wurde durch einen Psychiater am 01.02.2007 attestiert. Das Attest habe ich Ihnen auch am 01.02.2007 zukommen lassen.
- c) Aufgrund meines Status nach **§ 25 Abs. 5** kann ich weder in Deutschland noch in der EU irgendwo hinziehen. Ich muß in Berlin bleiben. Die ganze Welt ist Zeuge bei dem, was mir Berliner Politiker angetan haben.
- d) Nach **§ 25 Abs. 5** ist mein Aufenthalt lediglich befristet, aber man mich bewusst mit **AIDS** infiziert. Was muß ich tun, um aus dem **§ 25 Abs. 5** rauszukommen?
- 4) 1999 wurde ich durch die Polizei geschlagen und gequält. Ich wurde nackt ausgezogen und musste Demütigungen hinnehmen. Meine Ehre und mein Stolz wurden verletzt.
- 5) Seit neun Jahren werde ich Psychoterror ausgesetzt, meine Rechte werden verletzt, ich werde in unmenschlichster Weise gequält, Rüstem Ismail wird dabei sterben. Wer ist dafür verantwortlich?  
Wer wird sich dafür rechtfertigen?

Als letztes eine Empfehlung an „einige Politiker“ in Deutschland:

Wenn ihr Lust daran habt, langsam Menschen hinzurichten, dann solltet Ihr Euch ein Beispiel an Iran nehmen und lernen wie man Menschen **HINRICHTET**.

Mit freundlichen Grüßen,

Ismail Rustem



# Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

Der Vorsitzende  
des Petitionsausschusses

Abgeordnetenhaus von Berlin - 10111 Berlin-Mitte

Herrn  
Rustem Ismail  
Wichmannstr. 9  
10787 Berlin

Geschäftszeichen	Bearbeiter(in)	Zimmer	Telefon (030) 2325-	Telefax (030) 2325-	Datum
1222/16	Frau Riedel-Berghold	A 002	1477	1478	20.06.2007 / Kü

Betreff: Ihre Eingabe vom 15.06.2007  
wegen: 1. Unterstützung bei sozialen Anliegen  
2. Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis  
3. Rentengewährung

Sehr geehrter Herr Ismail,

Ihre Zuschrift ist beim Abgeordnetenhaus von Berlin eingegangen. Sie wird bei dem für die Behandlung von Eingaben eingesetzten Petitionsausschuss unter dem oben angegebenen Geschäftszeichen geführt. Bitte geben Sie das Geschäftszeichen bei allen Rückfragen in dieser Angelegenheit an.

Ich bitte um Verständnis, dass die Bearbeitung Ihrer Eingabe wegen der erforderlichen Ermittlungen einige Zeit in Anspruch nehmen kann. Der Eingang nachgereicher Schreiben wird aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung nicht gesondert bestätigt.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Riedel-Berghold

Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin-Mitte  
(ehemaliger Preußischer Landtag)

Interne Telefonnummer: (9) 9407-

U-Bahnhof	S-Bahnhof	Bus	Internet: <a href="http://www.parlament-berlin.de">http://www.parlament-berlin.de</a>
Potsdamer Platz	Anhalter Bahnhof	129,142,248	E-Mail: <a href="mailto:petmail@parlament-berlin.de">petmail@parlament-berlin.de</a>
Kochstraße	Potsdamer Platz	341,348	(E-Mail nicht für Dokumente mit elektronischer Signatur)

Sendebestaetigung

25-JUL-2007 10:53 MI

Faxnr. : +0493068975816  
Name : GUNTUR INTERNETCAFE

Name/Nr. : 23251478  
S. : 17  
Startzeit : 25-JUL-2007 10:50 MI  
Dauer : 02' 28"  
Modus : STD ECM  
Ergebnisse : [OK]

Ismail Rustem  
Wichmannstr 9  
10787 Berlin

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:

Abgeordnetenhaus von Berlin  
Der Vorsitzende des Petitionsausschusses  
Niederkirchner Straße 5  
10111 Berlin  
Zim: A 002, Fr. Riedel-Berghold

-Nur per Fax: ( 030 ) 23 25 14 78-

Berlin, 11.07.2007

Geschäftszeichen: 1222/16

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei zu diesem Schreiben erhalten Sie die Kopie meiner Klage an das Bundesverfassungsgericht vom 25.06.2007 und an das Verwaltungsgericht Berlin vom 10.07.2007.

Ebenfalls erhalten Sie die Kopie meine Antrag vom 06.06.-10.07.2007, an das AG Tiergarten für eine Betreuung, und meine Schreiben an das Sozialgericht Berlin vom 27.06.2007.

Mit freundlichen Grüßen

Ismail Rustem



Abgeordnetenhaus  
11. JULI 2007  
Abgeordnetenhaus von Berlin  
10111 Berlin - Mitte

Ismail Rustem  
Wichmannstr. 9  
10787 Berlin

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:

Abgeordnetenhaus von Berlin  
Der Vorsitzende des Petitionsausschusses  
Niederkirchner Straße 5  
10111 Berlin  
Zim: A 002, Fr. Riedel-Berghold

-Nur per Fax: ( 030 ) 23 25 14 78-



Berlin, 11.07.2007

Geschäftszeichen: 1222/16

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei zu diesem Schreiben erhalten Sie die Kopie meiner Klage an das Bundesverfassungsgericht vom 25.06.2007 und an das Verwaltungsgericht Berlin vom 10.07.2007.

Ebenfalls erhalten Sie die Kopie meine Antrag vom 06.06.-10.07.2007, an das AG Tiergarten für eine Betreuung, und meine Schreiben an das Sozialgericht Berlin vom 27.06.2007.

Mit freundlichen Grüßen

Ismail Rustem

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Ismail Rustem', written in a cursive style.

Ismail Rustem  
Wichmannstr. 9  
10787 Berlin

Abgeordnetenhaus von Berlin  
Der Vorsitzende  
des  
Petitionsausschusses  
10111 Berlin - Mitte

A. A. Schlegel

pers. von Hrn. Rustem  
im Sehr. Petitionsaus-  
schuss gegeben.

22.8.07

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:

Abgeordnetenhaus von Berlin  
Der Vorsitzende des Petitionsausschusses  
Niederkirchner Straße 5

10111 Berlin

Zim: A 002, Fr. Riedel-Berghold

-Nur per Fax: ( 030 ) 23 25 14 78-

**Geschäftszeichen: 1222 / 16**

Berlin, 22.08.2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich habe weiteren Dokumente am 11.07.2007 zur Abgeordnetenhaus mit ihrem anschrift gesendet (**Anlage 1**). Daher bitte ich um weiteren Infarmationen.

Ich habe am 07.08.2007 beim Sozialgericht und am 12.08.2007 beim Amtsgericht Tiergarten eine Klage eingereicht (**Anlage 2 und 3**). Bis heute habe ich keine Antwort Ihrer seits erhalten. Ich bitte Sie daher mir bei meiner Klage behilflich zu sein. Bedanke mich im Voraus.

Ebenfalls erhalten Sie die Kopie meines Widerspruch an die Bundesverfassungsgericht vom 07.08.2007, und meine Antwort an die Sozialgericht vom 25.07.2007 und 17.08.2007 (**Anlage 4 bis 6**).

Ich bitte Sie, dass meine Rechte seit 1998 wiederhergestellt werden.

Mit freunlichen Grüßen

Ismail Rustem



# Abgeordnetenhaus **BERLIN**

Der Vorsitzende  
des Petitionsausschusses

Abgeordnetenhaus von Berlin - 10111 Berlin-Mitte

Herrn  
Rustem Ismail  
Wichmannstr. 9  
10787 Berlin

Geschäftszeichen	Bearbeiter(in)	Zimmer	Telefon (030) 2325-	Telefax (030) 2325-	Datum
1222/16		A 002	1477	1478	.09.2007 / We

Sehr geehrter Herr Ismail,

die Mitglieder des Petitionsausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin haben Ihre Eingabe vom 15. Juni 2007 sowie Ihre weiteren Zuschriften vom 11. Juli 2007 und 22. August 2007 beraten. Zu Ihren Anliegen haben wir uns an das Bezirksamt Neukölln, das Bezirksamt Reinickendorf und die Senatsverwaltung für Inneres und Sport gewandt und Folgendes erfahren:

Die von Ihnen angesprochenen Gerichtsverfahren gegen das Bezirksamt Neukölln mit den Aktenzeichen S 2 AY 11/07 und S 49 SO 3809/05 sind formal noch anhängig vor dem Sozialgericht Berlin. In dem erstgenannten Verfahren hat das Bezirksamt Neukölln Ihrem Widerspruch gegen den Bescheid vom 7. November 2006 inzwischen abgeholfen und Ihnen mit Bescheid vom 12. Juli 2007 eine Beihilfe in Höhe von 200,00 Euro für einen neuen Kühlschrank bewilligt. Wir freuen uns, dass Ihrem Anliegen insoweit entsprochen wurde.

Die Gewährung weitergehender Beihilfen können wir dagegen nicht erreichen. In diesem Sinne hatte sich bereits das Sozialgericht Berlin mit Beschluss vom 8. Juni 2006 zum Aktenzeichen S 47 SO 6301/05 geäußert.

Das Bezirksamt Neukölln hat weiter mitgeteilt, dass das Sozialgericht Berlin in dem zweiten genannten Verfahren den Termin zur Erörterung des Sachverhaltes zum 5. Juni 2007 am 31. Mai 2007 aufgehoben hat, da es Ihnen keine ordnungsgemäße Ladung zustellen konnte. Gegebenenfalls sollten Sie sich mit dem Sozialgericht Berlin in Verbindung setzen.

In den Klageverfahren können wir Sie nicht unterstützen. Nach der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ist die Rechtsprechung ausschließlich den Richtern anvertraut, die bei ihren Entscheidungen unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen sind. Weder der Petitionsausschuss noch irgendeine Berliner Behörde haben die Möglichkeit, gerichtliche Entscheidungen zu überprüfen, zu ändern oder aufzuheben oder sonst in irgendeiner Weise auf gerichtliche Verfahren Einfluss zu nehmen.

Das Bezirksamt Reinickendorf hat noch einmal bestätigt, dass Sie im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen gemäß § 25 Abs. 5 Aufenthaltsgesetz

Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin-Mitte  
(ehemaliger Preußischer Landtag)

Interne Telefonnummer: (9) 9407-

U-Bahnhof Potsdamer Platz Kochstraße	S-Bahnhof Anhalter Bahnhof Potsdamer Platz	Bus 129,142,248 341,348
--	--	-------------------------------

Internet: <a href="http://www.parlament-berlin.de">http://www.parlament-berlin.de</a> E-Mail: <a href="mailto:petmail@parlament-berlin.de">petmail@parlament-berlin.de</a> (E-Mail nicht für Dokumente mit elektronischer Signatur)
---

(AufenthG) sind. Das JobCenter Mitte ist seinerzeit irrtümlich davon ausgegangen, dass Sie mit diesem Aufenthaltstitel Anspruch auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch – Zweites Buch – haben und zahlte Ihnen Leistungen nach diesem Gesetz. Tatsächlich hat der Personenkreis mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG aber einen Leistungsanspruch nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Mitte Januar 2007 bemerkte JobCenter seinen Fehler und stellte die Leistungen nach dem SGB II zum 1. Februar 2007 ein.

Seit diesem Tag beziehen Sie wieder Leistungen nach dem AsylbLG. Die Zuständigkeit für Leistungsberechtigte nach diesem Gesetz richtet sich unabhängig von der landeseinwohneramtlichen Meldung nach einer sogenannten „Geburtsdatenregelung“. Danach ist das Bezirksamt Reinickendorf für am 31. Oktober bis 15. November Geborene zuständig. Sie sind am 7. November 1970 geboren. Mithin ist das Bezirksamt Reinickendorf für die Betreuung nach dem AsylbLG für Sie zuständig. Ihrem Wunsch nach einer Betreuung durch das Bezirksamt Mitte kann daher leider nicht entsprochen werden.

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport hat darauf verwiesen, dass Sie vor Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes im Besitz einer Aufenthaltsbefugnis nach § 30 Abs. 4 Ausländergesetz waren, die später als Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG weiter galt. Die Erteilung einer aufenthaltsrechtlichen Erlaubnis ist ausschließlich von der Erfüllung entsprechender Tatbestandsvoraussetzungen abhängig.

Die Senatsverwaltung hat weiter berichtet, dass sie Ihren Widerspruch gegen die Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG und der in diesem Zusammenhang verfügten Wohnsitzauflage mit Widerspruchsbescheid vom 15. Juni 2007 zurückgewiesen hat. Zudem hatte der von Ihnen beauftragte Rechtsbeistand Ihren Widerspruch vom 7. April 2006 bereits am 14. August 2006 zurückgenommen. Die Wohnsitzauflage hatte damit Bestandskraft erlangt. Daher war Ihr erneuter Widerspruch vom 12. Februar 2007 gegen dieselbe, bereits beschiedene Sache, unzulässig.

Die Ausländerbehörde hatte Sie in diesem Zusammenhang auch darüber informiert, dass mit der Wohnsitzauflage nicht der Aufenthalt an sich, sondern nur die Wohnsitznahme beschränkt worden ist. Es ist Ihnen jederzeit möglich, das Land Berlin zu verlassen, um beispielsweise Besuche außerhalb von Berlin wahrzunehmen. Ausgeschlossen ist nur ein Umzug in ein anderes Bundesland.

Dass Ihre ärztliche Versorgung nicht gewährleistet ist, ist für uns nicht nachvollziehbar. Sie haben Ansprüche nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die ärztliche Grundversorgung ist damit gesichert.

Da wir nichts weiter zu Ihren Gunsten veranlassen können, haben wir die Bearbeitung Ihrer Eingabe mit diesem Schreiben abgeschlossen.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Hillenberg

